

Und sie öffnet sich doch, liebe Anwesende, liebe Arbeiter\*innen, liebe Pensionierte, liebe Gewerkschafter\*innen, liebe Freund\*innen,

sie öffnet sich doch, die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Bonzen und Buezer\*innen, zwischen ihnen und uns.

Immer reicher wurde das reichste 1% in den letzten 10 Jahren, während in der Schweiz Reallöhne immer weiter sinken.

Während mittlerweile ein grosser Teil der Löhne kaum mehr zum Bezahlen der immerzu steigenden Mieten, Krankenkassenprämien, der explodierenden Energiekosten und der Lebensmittelpreise reicht.

Und das, das ist nicht normal. Das ist nicht akzeptabel und es ist vor allem die direkte Auswirkung politischer Entscheide der Mächtigsten.

Denn die Krisen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben mitnichten alle gleich getroffen. Für die Reichsten und die Grosskonzerne waren sie gewinnbringend - die fetten Jahre - weil sie jede einzelne Krise ausgenützt haben – auf unsere Kosten.

Während der Finanzkrise ab 2008 erhielt die UBS Rettungsgelder in Milliardenhöhe von Zentralbank und Bund und schüttete zugleich Bonuszahlungen an ihre Topmanager von 1,8 Milliarden CHF aus. Gleichzeitig strich die Bank in der Schweiz 1'500 Stellen ganz.

Während der Coronapandemie empfangen Schweizer Grosskonzerne mit offenen Armen die Kurzarbeitsgelder des Bundes, die dazu gedacht sind, das Lohnniveau auf einem überlebbar Level zu halten und hatten kein Problem damit an ihre Grossaktionär\*innen Dividenden in Millionenhöhe auszuzahlen. Unser Steuergeld floss in Form dieser Kurzarbeitsgelder direkt in die Taschen der Superreichen.

Während die Gesamtwirtschaft litt, blieb der Luxussektor in dieser Zeit stabil. Die Bonzen jetteten um den Globus, während einige von uns ins enge Homeoffice verbannt waren und andere trotz lebensbedrohlicher Viren jeden Morgen ins Spital oder auf die Baustelle fuhren. Die Boni erhielten auch in dieser Zeit nicht etwa die Pfleger\*innen, die unter Höchstdruck Menschenleben retteten; auch nicht die Detailhandelsangestellten, die trotz extremer Ansteckungsgefahr jeden

Tag die Kassen im Coop, der Migros, Volg, Aldi oder Lidl bedienen. Nein, die Bonuszahlungen erhielten weiterhin Menschen wie Antonio Horta-Osório, seines Zeichens damaliger Credit Suisse Präsident, der trotz verhängter Quarantäne nach London flog, um einen Wimbledon-Match zu sehen.

Der März dieses Jahres hat final gezeigt wie verdient diese Boni an Credit Suisse «Top»-Banker\*innen waren: Die Bank ist tot, aus, Geschichte.

Auch diesen März musste am Schluss die Schweizer Nationalbank und der Schweizer Staat mit ganzen 259 Milliarden CHF unter die Arme greifen. Das sind 3,5x die Jahreseinnahmen unserer gesamten Bundessteuern. Und vor allem sind ein Teil davon wiederum Staatsgelder, wiederum unsere Steuergelder, die jetzt dafür verwendet werden, dass eine private Bank, die UBS, eine andere private Bank, die CS, schlucken kann.

Ohne Bedingungen, ohne Aussicht auf Gesetze, dass sowas in Zukunft nicht mehr vorkommt. Ohne Regelungen Bonuszahlungen zu beschränken oder gar Hochrisikostراتيجien im Finanzbereich zu verbieten.

Und wenn man jetzt denkt, dass dies an Skrupellosigkeit nicht zu übertreffen sei, dann muss man sich mal bewusst werden, wie Ölkonzerne mit der Energiekrise, die durch den schrecklichen Angriffskrieg Russland auf die Ukraine ausgelöst wurde, umgehen. Der Krieg trieb die Energiepreise in die Höhe und Konzerne wie Shell, ExxonMobil und Konsorten nutzen es voll aus. Das tiefere Angebot und die teilweise gleichbleibenden Produktionspreise resultierten für sie in Übergewinnen von rund 60 Milliarden US-Dollar im ersten Halbjahr 2022.

Es ist ein Baden im Geldregen, was diese Grosskonzerne momentan zelebrieren, während wir dazu aufgerufen wurden unsere Heizungen runter zu drehen und im doppelten Sinne zitternd auf unsere Nebenkostenabrechnungen warten.

Bei jeder Krise ist es dasselbe Lied, das uns die bürgerliche Politik entgegenschmettert: Die Lage sei gerade sehr kritisch, wir müssten schnell handeln und es werden hektisch bonzen- und konzernfreundliche Massnahmen auf längst absehbare Handlungen oder Entwicklungen ergriffen. Immer wieder dieses: « Sorry, es musste jetzt schnell gehen; da müssen wir jetzt gemeinsam durch. Schnallt den Gürtel enger, liebste Bevölkerung.»

Ich frage mich manchmal, liebe Anwesende, wie lange es noch geht, bis der Gürtel zu eng ist.

Nie, aber auch nie, ist die bürgerliche Politik auf Krisen vorbereitet und wirklich gar gar nie ist sie gewillt Massnahmen zu ergreifen, die uns Arbeiter\*innen zustehen.

Boni hätten verboten werden können, bereits 2008, die Lohnschere von 1:12 hätte eingeführt werden können, Übergewinne könnten besteuert werden, Banken könnten vergesellschaftlicht werden, Spekulationen könnten verboten werden, private Energiekosten könnten gedeckelt werden, und Löhne könnten – Löhne sollten erhöht werden.

All dies passiert nicht, und sie geht auf, die Schere zwischen uns und ihnen.

Und die bürgerliche Politik entscheidet sich mit ihrer: «Schon alles ok, ah shit, jetzt doch nicht mehr»-Kurzfristigkeitpolitik immer und immer wieder für sie. Diese Politik, die immer wieder das Märchen der Alternativlosigkeit aufischt, muss gebrochen werden. Denn diese Politik hat nichts mehr mit dem realen Leben zu tun.

Real ist, dass das Porte-Monnaie immer knapper wird.

Real ist, dass 722'000 Personen in der Schweiz Armutsbetroffen sind, davon 300'000 Senior\*innen.

Real ist, dass die die Renten für rund 17% der Pensionierten nicht zum Leben reichen, obwohl dies ein Verfassungsauftrag ist.

Real ist auch, dass Altersarmut weiblich ist.

Real ist, dass in der Schweiz unbezahlte Care-Arbeit im Wert 434 Milliarden CHF geleistet wird. Das ist mehr Geld als Bund, Kantone und Gemeinden gemeinsam ausgeben. Im BIP wird dies nicht abgebildet.

Real ist, dass wir eineinhalb Jahren die Pflegeinitiative angenommen haben und die Umsetzung der zweiten Etappe immer noch auf sich warten lässt. Massnahmen für Lohnzuschläge und humanere Arbeitsbedingungen sind bitter nötig, denn bereits aktuell fehlen 13'500 Pflegekräfte und Ärzt\*innen. Bis 2030 könnten es 32'500 sein, wenn weiterhin nichts unternommen wird.

Real ist, dass wir in einem Land leben, wo es immer noch einen Lohnunterschied von 18% zwischen Frauen und Männer gibt, wo trans Menschen 5x höhere

Arbeitslosenquoten haben und wo die Frage der Kinderbetreuung Menschen dazu zwingen kann, weniger oder nicht mehr zu arbeiten, Grossmütter nach der Pensionierung arbeiten lässt und Familien in den Ruin treiben kann.

Real ist, dass Bäuerinnen keine Rentenabsicherung haben.

Wir leben in einem Land, wo lieber Sozialhilfebeziehende menschenunwürdig drangsaliert werden, mit dem Argument sie kosten Geld, statt da hinzuschauen, wo wirklich Geld der Gesellschaft, wo uns Geld entrissen wird.

Und nein, es sind auch nicht die Asylsuchenden oder Migrant\*innen, die das Geld entreissen. Gerade die Migrant\*innen sind jene, die nicht selten für skandalös tiefe Löhne und unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen für uns pflegen, putzen und bauen.

Und nein, es sind auch nicht wir «woken» Feminist\*innen, die einfordern, dass es genügend Schutzplätze für Frauen, non-binäre, trans und agender Personen gibt. Der Anstieg häuslicher Gewalt und die 4x höhere Suizidrate bei nicht-binären, agender und trans Personen ist nicht etwas, das man einfach so ignorieren kann.

Geld entreissen nicht wir Feminist\*innen, die einfordern, dass unbezahlte Care-Arbeit, die zu 2/3 von Frauen geleistet wird, endlich wirtschaftlich abgebildet und gewertschätzt wird.

Es sind nicht wir, die das Geld entreissen, wenn wir fordern, dass Renten zu Leben reichen sollten und ganz sicher nicht gekürzt werden sollten, wie es die Reform der zweiten Säule gerade tut. Nein, wir wehren uns für unser Anrecht auf ein würdiges Leben. Auch im Alter.

Geld entrissen wird uns allen durch ein System, dass den Profit über genau dieses würdige Leben stellt. Über das Anhäufen der Gewinne auf den Köpfen ganz weniger, statt sie in die Bevölkerung in Form von fairen Renten, tiefen Krankenkassenprämien, bezahlbaren Mieten, greifendem Klimaschutz oder einfach nur sozialer Sicherheit zurückzuverteilen.

Die Reichen werden reicher und die Armen werden immer zahlreicher. Die Schere öffnet sich.

Und alles womit die Lobby der Konzerne, der Arbeitgeberverband, aufwarten kann ist folgendes: Wir alle sollten arbeiten bis 70 und die Arbeitszeiten erhöhen. Damit noch mehr Umsatz generiert werden kann und Profit abgeschöpft werden kann.

Lieber Arbeitgeberverband: So geht man nicht mit uns Arbeiter\*innen um und es erhöht auch nicht die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf. Bessere Löhne, eine Arbeitszeitverkürzung und starke Arbeitsrechte tun es.

Aber dafür müsste man wissen, was real ist.

Wir wissen es. Wir Arbeiter\*innen, Studierende, Pensionierte – wir Gewerkschafter\*innen.

Wir wissen, dass es für ein würdiges Leben für alle grundlegende Veränderungen braucht. Wir wissen, dass es eine stärkere, eine faire Besteuerung der Grosskonzerne und ein Ende des Steuerwettbewerbs braucht.

Dass Erbschaften in Millionenhöhe, hohe Einkommen v.a. durch Renditen und Dividenden angemessen besteuert werden müssen.

Wir wissen, dass das unser Geld ist, das in die Taschen einiger weniger fliesst und dass es uns zusteht. Und wir wissen, dass es ebenjenes Geld ist, das für genügend Lohn, ausreichende Rente und echte Gleichstellung eingesetzt werden muss.

Weil Menschenleben immer vor Profit kommt.

Und wir kennen unsere Macht. Denn wenn wir wollen, dann steht alles still. Wenn wir gemeinsam für unsere Rechte kämpfen und uns mit anderen Kämpfern solidarisch zeigen, dann hat das reichste 1% kein Brot gegen uns.

Dann werden plötzlich Dinge wie eine AHV, ein Frauenstimmrecht und eine Arbeitszeitverkürzung möglich. Dann gibt es eben eine Alternative. Unsere Alternative.

Mehr Lohn. Mehr Rente. Gleichstellung jetzt! fordern wir heute und am grossen feministischen Streik am 14. Juni. Und wir hören nicht auf, es zu fordern, bis es erreicht ist.

Gemeinsam. Solidarisch. Gegen oben. Bis dieses System gebrochen ist.